Ein Jahr Lockdown. Wie wirkt sich die Pandemie auf uns alle aus? Fragmentierte Gedanken zur Erinnerungskultur.

Die unlöschbaren Spuren der Krise

VON GEORG HEISSENBERGER

Wie wird die Coronapandemie 2050 in den Geschichtsbüchern rezipiert und kommentiert werden? Diese Frage zu beantworten, wird Aufgabe der Zeithistoriker sein und die Sozialwissenschaften tragen mit ihren Forschungsbefunden der Gegenwart bereits wesentlich dazu bei. Einen bitteren Nachgeschmack hinterlässt jedoch die Lektüre „hoffnungsvoller" Berichte, wonach der Coronapandemie „die wilden Zwanzigerjahre des 21. Jahrhunderts" folgen sollten.

Ich assoziiere dazu nicht nur die in den Geschichtsbüchern hinreichend dokumentierte prekäre Situation des Großteils der damaligen Bevölkerung, sondern auch die Formulierung: „Wer sich seiner Vergangenheit nicht erinnert, ist verurteilt, diese zu wiederholen!", mit der George Santayana auf das notwendige Bewusstsein um das Vergangene hingewiesen hat. Nachvollziehbar erscheint mir jedoch die mit jener Hoffnung verbundene Fantasie der gesellschaftlichen und individuellen Befreiung von den Coronafolgen. Möglicherweise eilt dieser Hoffnung jenes psychische Phänomens voraus, wonach positive Erfahrungen in der Erinnerung anders abgelegt werden als negative Erfahrungen.

Welche Geschichte wird 2050 jeder und jede Einzelne über die Pandemie geschrieben haben? Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist die Arbeit „Notiz über den 'Wunderblock'". Sigmund Freud beschreibt darin die Verschränkung von Wahrnehmung, Erinnerung und Vergessen sowie die psychischen Systeme des Bewussten, Vorbewussten und Unbewussten. Vielen wird dieser Wunderblock aus der Kindheit als Zaubertafel in Erinnerung sein. Man schrieb mit einem Griffel auf eine Tafel und konnte das Geschriebene danach – wie durch Zauberhand – mit einem Schieber zum Verschwinden bringen. So zumindest schien es auf den ersten Blick! Denn je öfter man die Tafel benutzt hatte, umso mehr konnte man bei genauerer Betrachtung erkennen, dass das bereits an der Oberfläche zum Verschwinden Gebrachte doch unlöschbare Spuren hinterlassen hatte.

Ähnlich verhält es sich nach Freud mit der Wahrnehmung von Ereignissen, die auf diese Art laufend im Gedächtnis niedergeschrieben werden und dauerhaft erhalten bleiben. Er spricht von Erinnerungsspuren, die unter bestimmten Bedingungen sowie unter dem Einfluss von unbewussten Wunschvorstellungen reaktiviert werden (können), beispielsweise in Form von Erinnerungen oder in der Wiederkehr des Verdrängten in der entstellten Form von Träumen, Fehlleistungen oder Symptomen. Vereinfacht gesagt, kann diese Form der Bearbeitung durchaus als subjektive Konstruktion oder Geschichte bezeichnet werden.

Schmerzliche Einsicht

Das Geschehene, die Verluste und Einschränkungen in der Pandemie lassen sich genauso wenig einfach wegwischen. All diese Erfahrungen haben tiefe Spuren in uns hinterlassen. Sie werden sich auf die eine oder andere Art in der jeweiligen subjektiven Geschichtsschreibung im Jahr 2050 bemerkbar machen, und jede Geschichte wird in ihrer Erzählung ihre eigene Überschrift tragen. Allen Geschichten gemeinsam könnte jedoch die nachträgliche, schmerzliche Einsicht innewohnen, die Joachim Meyerhoff so treffend mit dem Buchtitel: „Wann wird es endlich wieder so, wie es nie war" zum Ausdruck gebracht hat.

Die Zukunft wird zeigen, ob wir als Gesellschaft und als Einzelne die Zeichen der Krise erkannt haben und eine Neuausrichtung gewagt haben oder uns selbst dazu verurteilt haben, die Konflikte der Geschichte zu wiederholen. Der Frage: „Wie soll ich mich verhalten?" kommt bei all dem eine Schlüsselrolle zu.

Georg Heissenberger (* 1979) ist Psychoanalytiker in freier Praxis in Graz.

E-Mails an: **debatte@diepresse.com**

Abdullah-Zentrum in Wien: Ein frommer Wunsch

Gastkommentar. Im Regierungsabkommen wurde die Reform des umstrittenen Dialogzentrums gefordert. Seitdem ist nichts passiert.

VON ULRIKE LUNACEK UND HANNES TRETTER

Es stand von Anfang an unter keinem guten Stern: das King Abdullah bin Abdulaziz International Centre for Interreligious and Intercultural Dialogue, kurz KAICIID, schreibt sich interreligiösen und interkulturellen Dialog auf die Fahnen – und wird großteils finanziert von einem Regime, das weltweit einer der traurigen Rekordhalter in puncto Menschenrechtsverletzungen ist. Das konnte wohl nicht gut gehen.

Den Ursprung nahm die Idee eines derartigen Dialogzentrums schon Jahre zuvor. Das saudische Regime – konkret König Abdullah – wollte ab Mitte der Nullerjahre mehr Dialog innerhalb des Islam wie auch mit anderen Religionen führen, ein durchaus begrüßenswertes Unterfangen. 2007 gab es ein Treffen mit dem damaligen Papst, Benedikt XVI., 2008 und 2009 fanden „Weltkonferenzen zum Dialog" in Madrid und Wien statt. 2011 unterzeichneten dann zwei Königreiche – Saudiarabien und Spanien – und das republikanische Österreich den KAICIID-Gründungsvertrag in Wien, der 2012 in Kraft trat. Als „beobachtendes Gründungsmitglied" wurde der Heilige Stuhl (diplomatische Bezeichnung für den Vatikanstaat) aufgenommen, ansässig wurde das KAICIID im Palais Sturany, prominent am Wiener Schottenring.

Dialog dringend notwendig

Abgesehen von der seltsam anmutenden Gründungskoalition ist gegen innerislamischen und intrareligiösen Dialog nichts einzuwenden: im Gegenteil. Angesichts zunehmend fundamentalistischer bis extremistischer Strömungen in den meisten Religionen ist dies sogar dringend notwendig. Hätte das KAICIID seinen Gründungsvertrag in vollem Ausmaß – also auch in Bezug auf Saudiarabien – umgesetzt, hätte es sich wohl allgemeine Anerkennung erarbeitet. Diesem zufolge sollen nämlich Menschenwürde und Menschenrechte für alle, ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion, geachtet und alle Formen von Diskriminierung und Stereotypisierung aufgrund von Religion oder Weltanschauung bekämpft werden. Klingt sehr gut, nicht wahr? Das Zentrum hat tatsächlich zahlreiche sinnvolle und innovative Maßnahmen im Bereich des inner- und interreligiösen Dialogs ergriffen. Doch wenn eine solche Institution gegenüber dem Gewaltregime des Herrschers (dessen Namen es trägt) und seinen Nachfolgern Augen und Ohren verschließt – dann ist Kritik angebracht.

Im Gründungsjahr des KAICIID, 2012, wurde der junge saudische Blogger Raif Badawi verhaftet, 2014 wurde er zu 1000 Peitschenhieben und zehn Jahren Haft verurteilt. Die ersten 50 Peitschenhiebe – öffentlich vor johlendem Publikum – überlebte er nur knapp, die restlichen wurden damals ausgesetzt. Was war ihm vorgeworfen worden? Blasphe- ❯

PIZZICATO

Der Verschollene

Wo hat er bloß gesteckt? War er mit dem „Traumschiff" in TV-Untiefen zwischen Neuseeland und Fidschi in Havarie geraten und im Südpazifik auf einem Eiland gestrandet – um nach Ende der Ära Merkel wieder aufzutauchen? Wie einmal nach einer Auszeit, als er mit Hipster-Rauschebart in die Zivilisation zurückkehrte.

Als sarkastisch-ironischer Kommentator der deutschen Politik und der gesellschaftlichen Befindlichkeiten war Harald Schmidt lang verschollen. Er machte sich rar, hie und da gab er mit einer Solonummer einmal ein Gastspiel im Theater. Sonst überließ er seinen Epigonen, den Jan Böhmermanns, die Bühne.

Am Sonntagabend gab Schmidt anlässlich der Landtagswahl in seinem Heimatländle eher beiläufig ein Comeback im ARD-Wahlprogramm – als Erklärer der schwäbischen Seele und des Phänomens Kretschmann. Wenn denn ein Schnitzer aus dem Schwarzwald den idealtypischen Landesvater modellieren würde, käme Winfried Kretschmann heraus, räsonierte er. Die öffentlich-rechtlichen Moderatoren reagierten ein wenig verwirrt – und pikiert. Viele Zuschauer erkannten indes, was sie in all den Schmidt-losen Jahren – erst recht im Coronajahr – vermisst hatten. Der notorische Hypochonder, die Pandemie und der Impf-Irrsinn: Was für ein Stoff für eine Late-Night-Show à la Harald Schmidt. (vier)

Reaktionen an: **thomas.vieregge@diepresse.com**

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33, A-1030 Wien oder an leserbriefe@diepresse.com

Möchte von Frau Arpa nicht geschützt werden

„Jetzt sind wir Jungen dran!", Gastkommentar von Elodie Arpa, 13. 3.

Ich möchte von Frau Arpa nicht geschützt werden, das kann ich schon selbst! Sind Ihnen meine Beispiele für „Selbstschutz", meine Opfer und Sorgen nicht genug:

Ich bin seit zwölf Monaten in Kurzarbeit ohne Aussicht auf Öffnung meiner Firma, das gilt auch für meine Tochter; ich habe zwei meiner erwachsenen Söhne bei ihrer Zusatzausbildung unterstützt und werde das auch bei meiner Tochter tun, die sich beruflich neu orientieren muss. Meine über 97-jährige Mutter habe ich in ihren letzten Lebensmonaten begleitet. Mein Sozialleben findet nur mehr rudimentär statt, das meiner drei minderjährigen Enkelkinder ist massiv eingeschränkt. Und Zoom-Unterricht in der Volksschule ersetzt kein soziales Lernen.

Ist die Haltung von Frau Arpa wirklich die Zukunft für meine Kinder und Enkelkinder?

Dr. Wolfgang Riegler, 2500 Baden

Akt der Menschlichkeit

Ein Appell

Viele Menschen waren in den vergangenen Monaten in der gleichen Situation, wie wir es derzeit sind: Einer ihrer Lieben (bei uns Mutter, Schwiegermutter und Oma) befindet sich im Krankenhaus und liegt im Sterben. Der Zustand ist „stabil" – wie lange noch, wenige Tage, mehrere Wochen, gar Monate? Die Sterbende liegt bewegungslos, auf die Decke oder an die Wand starrend, im Krankenbett – alleingelassen mit ihren Ängsten, Zweifeln und sonstigen Gedanken und Gefühlen. Ein Besucher für je eine Stunde pro Woche (!) ist zugelassen, eingangs einem lächerlichen, wirkungslosen „Corona-Check" unterzogen – diese Situation ist an Sarkasmus kaum zu überbieten! Viele Angehörige würden wohl gern täglich Antigentests über sich ergehen lassen, um das Sicherheitsrisiko für die Krankenanstalt, die dort Arbeitenden und Betreuten zu minimieren (beim Friseur ist das ja auch kein Problem)! Wir fordern alle Verantwortlichen auf, Maßnahmen zu ergreifen, die es Angehörigen ermöglichen, den Sterbenden beistehen, Trost spenden und Halt geben zu können – ein Sterbender hat sich diesen Akt der Menschlichkeit verdient!

Familie Mayrbäurl, 4533 Piberbach

Zahl der Coronatoten falsch angegeben

„Ein bitteres Jahr…", Gastkommentar von Kurt Langbein und Elisabeth Tschachler, 13. 3.

Dieser Beitrag beschreibt unsere Situation seit einem Jahr sehr gut, jedoch wird die Zahl der Coronatoten in Österreich zum Glück falsch angegeben, denn bei 940 ❯

mie, Apostasie und diverse andere „Verbrechen“. Raif Badawi hatte 2008 das Onlineforum Free Saudi Liberals gegründet. Er wagte es, Frauenrechte einzufordern. Er wagte es, die Gleichwertigkeit aller Religionen zu betonen – und zu schreiben, dass auch Atheismus seine Daseinsberechtigung hat. Kürzlich wurde vor Auslaufen der zehnjährigen Haftstrafe gegen ihn (und jetzt sogar seine Frau, Ensaf Haidar) ein neues Strafverfahren wegen „Aufwiegelung der öffentlichen Meinung“ und „Beschädigung der Reputation des Königreichs“ eingeleitet.

Proteste seit 2015

Seit Jänner 2015 protestieren wöchentlich Grüne und Zivilgesellschaft vor dem Zentrum in Wien (bzw. covidbedingt virtuell) für die Freilassung von Raif Badawi und allen politischen Gefangenen sowie für positive Veränderungen in Saudiarabien. Auch die Co-Autorin dieses Artikels nahm an zahlreichen der bisher 324 Mahnwachen teil. Als Vizepräsidentin des Europaparlaments war sie aktiv daran beteiligt, dass es 2015 gelang, Raif Badawi den Sacharow-Preis für Gedankenfreiheit des Europäischen Parlaments zu verleihen, den seine im kanadischen Exil lebende Frau entgegennahm.

Raif Badawi wurde, wie auch sein ebenfalls inhaftierter Anwalt, Waleed Abulkhair, Jahre vor der brutalen Ermordung des Journalisten Jamal Kashoggi zum Symbol all jener, die von dem ölreichen Saudiarabien die Einhaltung grundlegender Menschenrechte einfordern. Mit dem rascheren Ausstieg aus fossilen Brennstoffen wäre es dem Westen leichter, alle erdöl- und erdgasreichen Regime wegen Menschenrechtsverletzungen und mangelnder Rechtsstaatlichkeit stärker unter Druck zu setzen.

In der österreichischen Innenpolitik wurde die Kritik am Schweigen des KAICIID erst nach dem brutalen Mord an dem Journalisten Jamal Kashoggi im Jahr 2018 breiter aufgegriffen. Ein kürzlich von der neuen US-Regierung unter Joe Biden veröffentlichter Bericht der CIA geht davon aus, dass der Auftrag dafür vom Thronfolger und eigentlichen Machthaber, Prinz Salman, erteilt wurde.

2019 beschloss der Nationalrat mit großer Mehrheit, das Außenamt möge das Übereinkommen mit dem KAICIID aufkündigen. Im türkis-grünen Regierungsabkommen wurde für eine einjährige Reformphase nicht nur die Erweiterung des Mitgliederkreises sowie eine Anbindung an die UNO, sondern auch eine „umfassende Anwendung des Artikels II des Gründungsvertrags des KAICIID“ gefordert, in dem es unter anderem heißt: „Die Ziele des Zentrums bestehen darin, . . . die Achtung, das Verständnis und die Zusammenarbeit zwischen den Menschen zu fördern, Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung zu fördern und einem Missbrauch der Religion zur Rechtfertigung für Unterdrückung, Gewalt und Konflikte entgegenzuwirken.“ Die Umsetzung dieser Ziele würde nicht nur die öffentliche Verurteilung der geschilderten Menschenrechtsverletzungen durch das KAICIID erfordern, sondern auch der grundsätzlich menschenrechtsverachtenden Ausrichtung des milliardenschweren Herrscherhauses, das Frauen (auch des eigenen Hauses) und Untertanen in massiver Unfreiheit hält und ausländische Arbeitskräfte zu menschenunwürdigen Bedingungen ausbeutet.

Keine Forderung erfüllt

Keine der drei Reformforderungen sind vom KAICIID bisher erfüllt worden. Das Ende des Amtssitzabkommens ist nun die logische Konsequenz davon, denn es scheint, dass der politische Wille zu umfassenden Reformen in Riad nicht vorhanden ist. Wohl deshalb beteiligen sich bisher auch nicht mehr Staaten am KAICIID, sie wollen nicht als Unterstützer eines brutalen Regimes in Verruf geraten – eines Regimes, dem das Dialogzentrum offenbar nur der Imagepflege dient. Eine neue Bleibe für das Zentrum – etwa in Genf – ist noch nicht gefunden, auch dort kündigen sich schon Proteste an.

Warum steigt das Außenministerium nun nicht ganz aus dem KAICIID aus? Es werde noch versucht, so heißt es, eine stärkere Anbindung an die UNO zu erreichen und mehr (zahlende) Mitglieder zu finden. Ein frommer Wunsch, wenn keine ernsthafte Bereitschaft zu einem friedlichen und gleichberechtigten Nebeneinander von Religionen, zu Rechtsstaatlichkeit und zur Achtung der Menschenrechte besteht.

E-Mails an: **debatte@diepresse.com**

DIE AUTOREN

Ulrike Lunacek (*1957) war viele Jahre lang politisch für die Grünen tätig, zuletzt als Kultur-Staatssekretärin. Heute ist sie u. a. Vorstandsmitglied im 2021 gegründeten Wiener Forum für Demokratie und Menschenrechte (www.humanrights.at).

Hannes Tretter (*1951) ist Jurist, Menschenrechtsexperte und Vorstandsvorsitzender des Forums.

[Forum für Demokratie u. Menschenrechte, C. Fabry]

QUERGESCHRIEBEN

VON ANDREA SCHURIAN

Wenn aus der Führungsspanne eine Führungspanne wird

Nein, es zeugt nicht von allzu viel Fingerspitzengefühl, wenn das KHM just in diesen geldknappen Coronazeiten einen hoch dotierten Spitzenposten erfindet.

Es gibt wohl nicht arg viele Betriebe, die derzeit Geld für nigelnagelneu geschaffene Toppositionen erübrigen. Das Kunsthistorische Museum Wien schon. Da wird ein der Generaldirektorin Sabine Haag direkt unterstellter Neochef (m/w/*) für Sammlungen und Forschung installiert und lohngruppenmäßig buchstäblich 1a bezahlt: Laut Kollektiv- bzw. Tarifvertrag des KHM-Museumsverbands winken mindestens 90.000 Euro brutto jährlich, bei „konkreter Qualifikation, adäquater Berufserfahrung und zeitlichen Mehrleistungen“ (Ausschreibungstext) auch eine Überzahlung (zum Vergleich: Für einen vakanten Kuratorenposten ist jährlich nicht einmal halb so viel vorgesehen). Addiert man jedenfalls zu den 90.000 die Gagen von Haag (mehr als 300.000 Euro) und ihrem kaufmännischen Direktor (mehr als 200.000 Euro) kostet die Troika jährlich 600.000 Euro Mininum – damit müssen kleinere Kulturinstitutionen mehrere Jahre wirtschaften.

> “ Kulturmanager, die kein persönliches Risiko tragen, beziehen auch bei geschlossenen Häusern ihr volles Gehalt.

Oder tritt Haag nicht nur einen Teil ihrer Arbeit, sondern eh auch einen Teil ihres Lohns ab? Allzu viel Geldüberschüsse dürften im KHM derzeit nämlich nicht kursieren. „Die Coronakrise hat dem Kunsthistorischen Museum schwer zugesetzt, und die Folgen der Museumsschließung im Frühjahr sowie der Einbruch der Tourismuszahlen stellen uns jetzt vor enorme wirtschaftliche Herausforderungen“, heißt es in einem Bettelbrief: „Unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende, damit wir Ihnen auch weiterhin ein facettenreiches Programm und ein authentisches Erlebnis vor unseren einzigartigen Originalen bieten können.“ Dass für Praktikanten angeblich das Budget fehlt, sorgt für Unmut unter KHM-Mitarbeitern, den die Direktorin im „Standard“-Gespräch ziemlich flapsig beiseitewischt: „Wenn jemand unmutig sein will, dann kann ich das nicht ändern.“ Doch Überheblichkeit ist unangebracht. Zahlreiche Betriebe stehen vor dem Ruin oder sind schon pleite, viele Menschen sind arbeitslos, freischaffende Künstlerinnen und Künstler haben zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Kulturmanager aber, die kein persönliches Risiko tragen, beziehen auch bei geschlossenen Häusern ihr volles Gehalt.

Tatsächlich liegen harte Zeiten hinter und vermutlich auch noch vor den Museen: Besucherzahlen im freien Fall, fehlende Touristen, drastische Einnahmeneinbrüche. Bis Ende 2021 bleibt daher die Umsatzsteuer auf fünf Prozent abgesenkt. Zur Abfederung der Millionenverluste gab es bis zum Sommer 2020 für die Bundesmuseen zehn Millionen Euro extra, im November wurden von der Regierung noch einmal 13,1 Millionen Euro ausbezahlt, allein das KHM erhielt neben der jährlichen Basisabgeltung von mehr als 23 Millionen Euro zusätzlich 6,4 Millionen Euro aus dem Covid-Krisenbewältigungsfonds. Trotzdem schickten die Museen Hunderte Mitarbeiter (erstaunlicherweise nie welche in Topjobs) in Kurzarbeit. Auch Blockbuster-Ausstellungen mit internationalen Leihgaben wurden abgesagt oder verschoben. Letzteres ist aber eh sehr erfreulich, weil nun das Publikum endlich einen Bruchteil dessen zu sehen bekommt, was im Lauf der Jahre mit Steuer- (und Sponsoren-)geldern angekauft wurde und welche Schenkungen bzw. Dauerleihgaben an die jeweiligen Häuser gebunden werden konnten.

Haag möchte sich künftig übrigens verstärkt der Sponsorenakquise widmen. „Sicherer Umgang mit Sponsoren, Förderern und Drittmittelgeber*innen (Deutsch und Englisch)“ steht auch in der (auf der KHM-Website nachzulesenden) Ausschreibung. Wie überhaupt das Anforderungsprofil für die neu geschaffene Leitungsfunktion eigentlich wie eine Job-Description für die KHM-Generaldirektion klingt. Nein, entgegnete Haag den „Standard“-Kollegen, sie wolle sich nicht selbst abschaffen, sondern nur ihre „Führungsspanne“ verkleinern. Aha. Hoffentlich muss, um den neuen Job zu finanzieren, kein „s“ eingespart werden. Sonst wird aus der Führungsspanne unversehens eine Führungspanne.

E-Mails an: **debatte@diepresse.com**

Zur Autorin: Dr. Andrea Schurian ist freie Journalistin. Die ehemalige ORF-Moderatorin („Kunst-Stücke“, „ZiB-Kultur“) gestaltete zahlreiche filmische Künstlerporträts und leitete zuletzt neun Jahre das Kulturressort der Tageszeitung „Der Standard“. Seit Jänner 2018 ist sie Chefredakteurin der jüdischen Zeitschrift „NU“.

Morgen in „Quergeschrieben“: Karl-Peter Schwarz

je 100.000 Einwohner hätten wir bereits 80.000 Coronatote zu verzeichnen…! Sehr bedenklich stimmt einen die Übersterblichkeit in Österreich auf jeden Fall, vor allem im Vergleich zu Schweden mit seinen sanfteren Maßnahmen, welche die Bürger und die Wirtschaft weniger einschränken.
Mag. Reinhard Papp, 2231 Strasshof

Absurder geht’s kaum

Zum „Tatort“ vom 14. 5., „Die Amme“, im ORF
Spannende und gleichzeitig lebensnahe, halbwegs logische und gute Krimidrehbücher zu schreiben ist eine seltene Kunst, die vom Drehbucherfinder des gestrigen „Tatorts“ leider nicht beherrscht wird. So muss denn ein cracksüchtiger, geistig umnachteter Undercover-Ermittler herhalten, der sich – aus welch kranken Gründen auch immer – als Frau verkleidet, um kleine Buben zu entführen und sie zu Tode zu bringen. Absurder geht’s kaum.
Robert Wayand, 2514 Möllersdorf

Das Zauberwort heißt Verantwortung

„Wie sich der isolierte Bashar al-Assad an die Macht klammert“ von Thomas Seibert, 10. 3.
Verantwortung heißt das Zauberwort – aber der Begriff geht mehr und mehr verloren. Jetzt will man den syrischen Machthaber weiterhin stützen, nicht stürzen. Und die EU soll den Aufbau des zerstörten Landes unterstützen. Die eigentlichen Zerstörer aber entziehen sich elegant der Verantwortung. Geht das denn? Wäre es nicht angebracht, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die eigentlichen Zerstörer dazu zu bringen, ihren Beitrag zum Wiederaufbau zu leisten? Und da kann man neben Russland auch den Iran nicht ausnehmen. Ein kluger Mann meinte, lassen wir den autoritären Staaten ihre Systeme, aber fordern wir beinharte Mitverantwortung.

Die inzwischen unzähligen fast sinnlos erscheinenden Genf-Verhandlungen sollte man beenden, Klartext reden und die für die Konferenzen aufzuwendenden Kosten zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern einsetzen.
Hans Nothnagl, 6791 St. Gallenkirch

Verweis auf Bedeutung Helmut Zenkers

„Der Filmer, der in Wien ermittelte“ von Thomas Kramar, 13. 3.
Bei aller Trauer und Bestürzung über den plötzlichen Tod Peter Patzaks hat der Autor dieses Nachrufs zurechtgerückt, was – bei aller Wertschätzung Patzaks – in nahezu allen Print-Nachrufen vernachlässigt worden ist: die Bedeutung der schöpferischen Kraft und des anarchistischen Einfallsreichtums des Schriftstellers und Drehbuchautors Helmut Zenker deutlich herauszustreichen. Und das trifft nicht nur auf den „Kottan“ zu, sondern vor allem auch auf Zenkers Roman „Kassbach“, dessen Verfilmung leider oft nur in Verbindung mit dem Namen des Regisseurs genannt wurde und wird.
Helmuth Dimko, 1190 Wien

Lehren aus dem Schicksal Hongkongs ziehen

„Das Schicksal Hongkongs ist besiegelt“ von Fabian Kretschmer, 12. 3.
Die demokratische Welt, von der sich China abschottet, hat wohl das Ende einer Demokratie miterlebt. Taiwan steht an vorderster Front, wenn es um Bedrohungen durch China geht, und wir wissen seit Langem: Die Errungenschaften, die wir bei unserem Demokratisierungsprozess hart erkämpft haben, können durch autoritäre Mächte sehr schnell verloren gehen. Wir demokratischen Länder müssen für unsere gemeinsamen Werte kämpfen und Maßnahmen ergreifen, um die Demokratie zu verteidigen oder sogar zu retten, bevor es zu spät ist.

Deswegen ist es ein richtiger Schritt, wenn die EU Chinas „Patriotengesetz“ für Hongkong scharf kritisiert. Auch das österreichische Außenministerium zeigt seine Solidarität für Hongkong, indem es in einem Tweet die Haltung der EU unterstützt und fordert, dass Rechtsstaatlichkeit gewährleistet werden muss. Darüber hinaus plant die EU Sanktionen gegen China wegen der Unterdrückung der uigurischen Minderheit. Werte wie Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit werden innerhalb Europas – im Gegensatz zu China – großgeschrieben. Demokratische Länder haben nun die Aufgabe, ihre Lehren aus dem Schicksal Hongkongs zu ziehen.
Katharine Chang, Taipei Wirtschafts- und Kulturbüro in Österreich, 1220 Wien

IMPRESSUM: DEBATTE
Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.
Twitter: @media_wall
Online: Stefanie Kompatscher
E-Mail: debatte@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe:
Henriette Adrigan, Ursula Mayer
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Debatte Online: diepresse.com/meinung
Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.
Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.